

„Die politische Mitte erodiert“

INTERVIEW Politologe: Polarisierung in den USA wird Außenpolitik beeinflussen

VON FLORIAN QUANZ

Berlin/Washington – Joe Biden hat die US-Präsidentenwahl gewonnen und in Europa macht sich Erleichterung breit. Aber wird Biden tatsächlich der einfachere Partner sein? Darüber sprachen wir mit Politikwissenschaftler Dr. Sascha Lohmann von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Der frühere deutsche Außenminister Sigmar Gabriel erwartet unter Joe Biden als US-Präsident in der Außenpolitik Kontinuität. Stimmen Sie der Einschätzung zu?

Ich wäre vorsichtig, aus der Vergangenheit Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Wenn wir uns über die künftige Außenpolitik von Joe Biden Gedanken machen, müssen wir erst einmal auf die innenpolitischen Voraussetzungen schauen.

Die Wahl zeigt eine gesplante US-Gesellschaft. Zudem könnte Biden die Mehrheit im Senat verfehlen. Engt das seine Handlungsspielräume ein?

Sollten die Demokraten bei den Senatsnachwahlen in Georgia Anfang Januar die Mehrheit nicht erringen, hätte das auch Folgen für die Außenpolitik. Da geht es um die Nominierung von Diplomaten, aber auch Staatsvölkerrechtliche Verträge, die der Zustimmung des Senats bedürfen. Grundsätzlich sind aber Wahlergebnis und Mehrheit im Senat gar nicht so entscheidend für seinen Handlungsspielraum.

Was ist stattdessen wichtig?

Die parteipolitische Polarisierung in den USA. Moderate Republikaner und eher kon-

servative Demokraten im Kongress werden weniger. In der Vergangenheit haben diese beiden Gruppen bei wichtigen Gesetzesvorhaben in der Außenpolitik zusammengearbeitet. Die politische Mitte erodiert. Das ist auch in den Pendelschwüngen der US-Außenpolitik erkennbar. Ein Beispiel: Joe Biden wird die sogenannte Mexico-City-Politik zurückbringen. Dabei geht es um Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit für Nicht-Regierungsorganisationen, die Schwangerschafts-Abbruchberatungen anbieten. Bei jedem republikanischen Präsident werden diese Zahlungen ausgesetzt, bei jedem Demokraten wieder eingeführt. Das ist eine gute Metapher, um das Problem zu beschreiben.

Blicken wir mal auf außenpolitische Akzente, die Do-

nald Trump gesetzt hat. Nehmen wir die Friedensverträge zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Bahrain. Wird Biden die Annäherung zwischen Israel und der arabischen Welt weiter vorantreiben?

Die sehr einseitige Politik hin zu den arabischen Verbündeten wird aller Voraussicht nach weniger stark ausgeprägt sein. Er könnte stattdessen versuchen, mit dem Iran wieder ein neues Atomabkommen zu schließen. Er möchte dort wieder an die Politik von Barack Obama anschließen und versuchen, mit Diplomatie und Verhandlungen den Iran regional zu integrieren. Biden wird eher den Interessenausgleich in dieser Region fördern.

Wenn Sie von Diplomatie sprechen: Bedeutet dies

für andere Konflikte wie in Syrien und Libyen, dass sich die USA da weiterhin nicht militärisch einmischen?

Auch dies wird von den innenpolitischen Voraussetzungen abhängen. Es gibt seit Langem in der Demokratischen Partei ein Richtungskampf. Der progressivere Flügel, repräsentiert durch Bernie Sanders und Elizabeth Warren, wird Mitsprache fordern. Ihnen geht es um eine starke Reduktion des militärischen Fußabdruckes der USA in der Welt. Sie lehnen eine starke globale Dominanz ab. Für diesen Teil der Partei genießt die Eindämmung des Klimawandels eine viel höhere Priorität. Es bleibt abzuwarten, wie stark dieser Parteiflügel die Außenpolitik des Landes mitbestimmt.

Eine Trump-Entscheidung,

betrifft Deutschland direkt: der geplante US-Truppenabzug. Wird Biden diesen zurücknehmen?

Er wird zunächst einmal die Rhetorik dem angleichen, was Deutschland gewohnt ist. Biden wird die Leistung, die durch diese Truppenstationierung von deutscher Seite aus erbracht wird, anerkennen. Er weiß, dass diese schwer zu ersetzen ist. Wir sprechen hier vor allem von logistischer Unterstützung. Zugleich wird er aufgrund der engeren finanziellen Spielräume in der Außenpolitik durch Rezession und Corona-Pandemie in den USA mehr militärisches Engagement der Bündnispartner fordern.

Der Vorwurf, dass Deutschland zu wenig Geld für die eigene Verteidigung ausgibt, wird also weiter auf dem Tisch liegen?

Der wird wohl auch weiter auf dem Tisch liegen bleiben. Der lag schon bei George W. Bush und Barack Obama auf dem Tisch. Auch hier gibt es eine innenpolitische Komponente. Es sind ja US-amerikanische Steuergelder, die die USA für ihre Sicherheitspolitik und die Nato-Politik ausgeben. Anders als Trump wird Biden die Alliierten nicht als Schmarotzer bezeichnen, sondern seine Forderung anders kommunizieren. Das Grundproblem bleibt aber bestehen.

Abschließend noch ein Blick auf einen Konflikt, der die kommenden Jahrzehnte in der Weltpolitik bestimmen könnte – der Handelskonflikt mit China. Wird jetzt ein Tauwetter einsetzen oder bleibt es frostig?

Wir haben aus verschiedenen

Äußerungen der Biden-Kampagne und von Joe Biden selbst vernommen, die eher darauf hindeuten, dass die Auseinandersetzung mit China weiter an Schärfe gewinnen könnte. Das geht ja über die Handelsfrage hinaus. Wir haben eine technologische Rivalität, eine ideologische Rivalität und schließlich auch eine militärische Rivalität. Das wird unter Biden nicht anders sein als es unter Trump war.

Was bedeutet dies für Deutschland und die weiteren europäischen Verbündeten der USA?

Sie werden sich sehr wahrscheinlich noch stärker positionieren müssen, auf welcher Seite des Konfliktes sie stehen. Für die deutsche Wirtschaft könnte dies zur Folge haben, dass sie von US-Sanktionen gegen China in ähnlicher Weise betroffen sein könnte, wie zuvor im Fall vom Iran und Russland.

ZUR PERSON



Dr. Sascha Lohmann, geboren 1984, studierte Politikwissenschaft an der FU Berlin sowie an der University of California in Santa Cruz und Washington, DC; absolvierte einen Post-Doc am Weatherhead Center for International Affairs, Harvard-Universität. Bei der Stiftung Wissenschaft und Politik ist er Teil der Forschungsgruppe Amerika.

FOTO: JENS MEYER/NH